

Antrag 2026/I/Innen/2

Jusos Hamburg

Dezentrale, soziale und menschenwürdige Unterbringungspolitik für Geflüchtete

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Die SPD Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder
- 3 des Senats werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass
 - 4 1. die Geflüchtetenunterkunft in der Schlachthofstraße schnellstmöglich geschlossen wird
 - 5 und die dort untergebrachten Menschen in feste und beheizte Unterkünfte mit ausrei-
 - 6 chender Privatsphäre verlegt werden,
 - 7 2. bis zur Schließung der Zugang zu sanitärer Infrastruktur, medizinischer Versorgung sowie
 - 8 psychosozialer Betreuung jederzeit sichergestellt ist,
 - 9 3. langfristig eine dezentrale, soziale und menschenwürdige Unterbringungspolitik ver-
 - 10 folgt wird, die Notunterkünfte (wie in der Schlachthofstraße) nicht zum Dauerzustand,
 - 11 sondern zum absoluten Ausnahmezustand werden lässt.

12

13 **Begründung**

14 Das Camp in der Schlachthofstraße wird dem Ziel einer sozialen, solidarischen und menschen-

15 würdigen Unterbringung von Schutzsuchenden in unserer Stadt nicht gerecht. Geflüchtete und

16 andere Schutzsuchende werden dort über einen längeren Zeitraum in Zelten und provisori-

17 schen Strukturen untergebracht, die weder ausreichenden Schutz vor Witterungseinflüssen

18 bieten noch Privatsphäre, Sicherheit oder Stabilität gewährleisten. Die Notunterkunft droht

19 sich zu einem dauerhaften Zustand zu verfestigen.

20 Konkret: In der ehemaligen Großmarkthalle in Harburg sind circa 550 Menschen in zeltartigen

21 Wohneinheiten untergebracht – mit bis zu sieben Personen auf weniger als 20 (!) Quadratme-

22 tern. Die Wohneinheiten sind bloß durch Pappwände voneinander abgetrennt und nach oben

23 offen, sodass Geräusche aus der überfüllten Halle für alle Bewohner*innen Tag und Nacht hör-

24 bar sind. Für die Menschen gibt es deshalb keinerlei Privatsphäre, was insbesondere die 60

25 Kinder und Jugendlichen in der Unterkunft hart trifft. Ein funktionierendes Wärme- und Belüf-

26 tungssystem gibt es in der ehemaligen Großmarkthalle nicht. Im Sommer ist es deshalb für die

27 Bewohner*innen sehr stickig. Auch im Winter kann die Temperatur kaum reguliert werden, so-

28 dass es nach zahlreichen Berichten von Bewohner*innen entweder extrem warm oder extrem

29 kalt ist. Natürliches Licht erreicht die Menschen in der Markthalle nicht. Angesichts dieser Um-

30 stände verwundert es nicht, dass den Bewohner*innen nicht nur Besuch in der Unterkunft ver-

31 boten ist, sondern in der Vergangenheit auch Politiker*innen und Journalist*innen der Zutritt

32 zeitweise verwehrt wurde.

33 Fast alle Bewohner*innen verbringen viele Monate, mitunter sogar Jahre, in der vom Deutschen
34 Roten Kreuz betriebenen Unterkunft im Harburger Industriegebiet. Die wohl prekärste Ham-
35 burger Geflüchtetenunterbringung droht sich zu einem dauerhaften Zustand zu verfestigen.

36 Gerade vor dem Hintergrund der sozialen Verantwortung Hamburgs ist diese Situation nicht
37 hinnehmbar. Die Stadt verfügt über die finanziellen Mittel. Dennoch werden Menschen ge-
38 zwungen, unter Bedingungen zu leben, die ihrer Würde und ihrem Recht auf Schutz und Teil-
39 habe widersprechen – und damit letztlich ihre Integration verhindern.

40 Widersprüchlich ist diese Praxis außerdem angesichts der Tatsache, dass in Hamburg weiter-
41 hin zahlreiche Wohnungen, für die Unterbringung geeignete Büroflächen und andere potenzi-
42 ell nutzbare Immobilien seit Jahren leer stehen. Während Menschen in Notunterkünften und
43 Zeltcamps ausharren müssen, bleiben Wohnräume ungenutzt, werden spekulativ zurückge-
44 halten oder stehen aufgrund fehlender politischer Steuerung leer.

45 Es ist sozialpolitisch nicht zu rechtfertigen, dass auf der einen Seite eine menschenunwürdige
46 Praxis aufrechterhalten wird, während auf der anderen Seite vorhandener Raum nicht conse-
47 quent für soziale Zwecke genutzt wird.

48 Die Schließung des Camps in der Schlachthofstraße ist daher zwingend notwendig. Sie darf je-
49 doch nicht zulasten der dort lebenden Menschen erfolgen. Vielmehr muss sie mit einer verant-
50 wortungsvollen, sozial abgesicherten und langfristig tragfähigen Unterbringung verbunden
51 sein. Dazu gehört eine systematische Erfassung von Leerständen und die konsequente Nut-
52 zung städtischer Immobilien.

53 Hamburg braucht keine weiteren provisorischen Camps, sondern eine klare politische Entschei-
54 dung für menschenwürdige Unterbringung. Als Jusos Hamburg erwarten wir von der SPD-
55 Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und den sozialdemokratischen Mitgliedern im Se-
56 nat, dass sie diesen Anspruch ernst nehmen und sich aktiv für die Schließung des Camps in der
57 Schlachthofstraße sowie für die Nutzung vorhandenen Wohnraums einsetzen.